

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(74. Sitzung am 11. Februar 2026)

#### Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schiedsämtergesetzes, des Niedersächsischen Schlichtungsgesetzes und des Niedersächsischen Justizgesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7916](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 3 des GBD fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 3 zuzüglich einer in der Sitzung beschlossenen Änderung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Antonia Hillberg (SPD).

2. **Gerichtliche Verfahren kindgerecht gestalten - Einsetzung einer koordinierenden Stelle für kindgerechte Justiz in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8965](#)

Der Ausschuss beschließt, in seiner für den 8. April 2026 vorgesehenen Sitzung eine Anhörung durchzuführen.

3. **Arbeitsbedingungen für den Justizvollzug grundlegend und umfassend auf den Prüfstand stellen - freie Heilfürsorge für Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugs einführen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9610](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und überweist den Antrag zur vorbereitenden Beratung seinem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

4. **Stärkung des Bewusstseins für nationale und landesbezogene Identität durch ganzjährige Beflaggung öffentlicher Gebäude**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9615](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen.

5. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Störungen in der IT-Infrastruktur der Justiz“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Die Unterrichtung soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu mutmaßlichen Äußerungen eines Richters in den sozialen Medien**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung **in vertraulicher Sitzung** entgegen.